

Kapitel 1: Bürgerliche Freiheiten Chinas gesetzliche Hürden

Inhalt:

Einführung

Der Justizterror gipfelt in dem Todesurteil gegen Tulku Tenzin Delek

Die Fallstricke des chinesischen Justizsystems

Widerrechtliche geheime Inhaftierung vor dem Prozeß

Neue Anti-Terror-Gesetze richten sich gezielt gegen Tibeter

Willkürliche Festnahmen im Zusammenhang mit dem Fall des Tulku

Fortsetzung der Haft über die Strafe hinaus

Hartes Durchgreifen auch über die TAR hinaus

Der Brennpunkt verlagert sich nach außerhalb der TAR

Dämonisierung des Dalai Lama und Unterdrückung von Abweichlern

Vernehmung unter Folter und Schlägen

Einzelhaft

Neue Gefahren für tibetische Flüchtlinge

Chinesische Brutalität an der Grenze

Das Leiden der Deportierten in den Arbeitslagern

Pressezensur: die neuen Herausforderungen

Störsender

Chinas großer Fire Wall

Schluß

Einführung

Die VR China fuhr auch 2003 fort, die Rechte der Tibeter auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu unterdrücken und verweigerte ihnen den gebührenden Rechtsschutz. Während der im Mai/Juni erfolgte zweite Besuch der Delegation des Dalai Lama in Tibet und China, sowie gewisse Nuancenveränderungen bei der üblichen Kritik Chinas am Dalai Lama weltweit Optimismus auslösten, blieb die Lage in Tibet so angespannt wie zuvor, ohne daß irgendeine Besserung in der Menschenrechtsslage eingetreten wäre.

Das Jahr begann mit der Meldung über die summarische Hinrichtung von Lobsang Dhondup, dem die Mittäterschaft bei einer Serie von Bombenanschlägen in Osttibet angelastet wurde¹. Diese Gerichtsentscheidung ließ international die Bedenken anwachsen, daß China den Unterschied zwischen dem globalen Feldzug gegen den Terrorismus und der Unterdrückung von innerstaatlichen Freiheitsbestrebungen verwischt. Wegen einer solchen politischen Verfälschung wurde es von den Menschenrechtsgruppen heftig getadelt. Auch die frühere UN Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, warnte China davor, den Kampf gegen den Terrorismus zur Unterdrückung seiner ethnischen Minderheiten zu mißbrauchen².

Während die Hinrichtung von Lobsang Dhondup Chinas neue Strategie, den gewaltlosen Freiheitskampf der sechs Millionen Tibeter als einen "Akt des Terrorismus" zu internationalisieren, deutlich werden ließ, machte dieses Urteil auch auf Mängel im chinesischen Justizsystems aufmerksam.

Mit der Jahrhundertwende hat sich die Menschenrechtsdiplomatie der VR China beachtlich verändert. Hinter einer beeindruckenden wirtschaftlichen und entwicklungsbetonten Fassade hat die chinesische Regierung mehrere Methoden geschaffen, um der internationalen Kritik an ihrer Menschenrechtspraxis die

¹ "Zwei Tibeter in SW China zum Tode verurteilt", People's Daily/Xinhua, 26 Jan 2003.

² "Robinson warns China on repression", BBC World Service, 8 Nov 2001.

Berechtigung zu bestreiten. Den Kern dieser Strategie bildet die Einführung der bilateralen Dialoge über Menschenrechte, welche China jetzt so eifrig mit Australien, Kanada, den USA; Japan, Norwegen und den EU-Staaten führt³. Dank dieser Dialoge konnte Peking seit 2000 die Erörterung von Resolutionen gegen sein Menschenrechtsgebaren bei der UN-Menschenrechtskommission immer wieder abwenden.

Zu Chinas neuer Menschenrechtsdiplomatie gehört auch die "Geltendmachung einer Politik", die oberflächlich betrachtet die wesentlichen internationalen Menschenrechtsinstrumente mit einbezieht; als Beispiel möge Chinas Ratifizierung des Internationalen Paktes über Wirtschaftliche und Soziale Rechte dienen⁴. Was Tibet betrifft, so wäre die Freilassung mehrerer prominenter politischer Häftlinge im vergangenen Jahr zu nennen. Auch bei der Gestaltung seiner Außenpropaganda schlug Peking eine neue Strategie ein⁵.

Im ganzen Jahr 2003 legte die chinesische Regierung jedoch totale Unduldsamkeit an den Tag, wo es um Loyalitätsbezeugungen der Tibeter gegenüber dem Dalai Lama ging. Die Kampagne gegen den Besitz oder die Zurschaustellung von Dalai Lama Bildern wurde in gewissen Gegenden Sichuans sogar noch verschärft. Verhaftungen wegen dieses "Verbrechens" haben in einigen Regionen die ganze Bevölkerung in Furcht und Schrecken versetzt.

Die "Tibetische Autonome Präfektur" (TAP) Kardze in Osttibet (heute zur Provinz Sichuan gehörend) war, was friedliche politische Proteste und Festnahmen betrifft, die brisanteste Region des Hochlandes. Von den dem TCHRD in dem Berichtsjahr bekannt gewordenen 27 Festnahmen erfolgten über 80 % in dieser und den umliegenden Regionen.

Hervorzuheben wären auch die zunehmenden Schwierigkeiten für Tibeter, die sich auf der Flucht ins Exil befinden und auf dem Treck über den Himalaya zahlreichen Gefahren ins Auge blicken müssen. Wir konstatierten eine merkliche Zunahme von Fällen, in denen die nepalesische Polizei tibetische Asylsuchende gewaltsam wegbrachte und an die chinesischen Behörden auslieferte. Die über die Berge fliehenden Tibeter sehen ihr Leben und ihre Sicherheit nun auf beiden Seiten der Grenze bedroht. Berichte über Todesfälle und Verhaftungen als Folge des Versuchs, über die Grenze zu entkommen, häuften sich gegen Ende des Jahres im Winter, einer Zeit, in der gewöhnlich mehr Flüchtlinge Kathmandu erreichen.

Der Justizterror gipfelt in dem Todesurteil gegen Tulku Tenzin Delek

Auf einen Sprengstoffanschlag in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, hin nahm die chinesische Polizei am 3. April 2002 Lobsang Dhondup (chin. Lorang Toinzhub) fest. Chinesische Offizielle wollen beobachtet haben, wie Lobsang Dhondup von dem Ort der Explosion floh, die angeblich ein Todesopfer und 17 Verletzte gefordert haben soll. Die chinesische Polizei behauptete, Lobsang Dhondup habe mit diesen Anschlägen im Zusammenhang gestanden⁶. Wenige Tage nach Lobsang Dhondups Verhaftung nahm das chinesische Sicherheitspersonal am 7. April 2002 einen bekannten tibetischen Lama, Tulku Tenzin Delek (chin. A-nga Tashi), unter dem Verdacht fest, eine Reihe von Bombenanschlägen in Sichuan mitorganisiert zu haben⁷.

Die beiden Tibeter wurden am 27. November 2002 in einem nichtöffentlichen Verfahren vor das Mittlere Volksgericht Kardze gestellt. Am 2. Dezember 2002 verurteilte dieses Gericht Tulku Tenzin Delek wegen "Sprengstoffdelikten" zum Tode mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub und lebenslangem Verlust der politischen Rechte und wegen "Aufhetzung zur Spaltung des Landes" zu 14 Jahren Gefängnis und Verlust der politischen Rechte für 3 Jahre⁸.

Wegen seiner vermeintlichen Rolle bei den Explosionen wurde auch Lobsang Dhondup zum Tode verurteilt und verlor seine politischen Rechte. Außerdem erhielt er wegen "Aufhetzung zur Spaltung des Landes" 12 Jahre Gefängnis, und die politischen Rechte wurden ihm für 2 Jahre abgesprochen, wozu noch drei weitere Jahre wegen angeblichen Besitzes von Feuerwaffen und Munition kamen⁹.

³ Free Tibet Campaign, Human Rights in China, International Campaign for Tibet, "Behind Closed Doors: Bilateral Dialogues on Human Rights", China Rights Forum No. 2, 2003, p 22.

⁴ "China ratifies Convention on Human Rights", Xinhua, 28 Feb 2001.

⁵ TIN Report: China's Tibet Online - Tibet and Tibetans in PRC Government Websites.

⁶ "Zwei Tibeter in SW China zum Tode verurteilt", People's Daily/Xinhua, 26 Jan 2003.

⁷ Ibid.

⁸ Ibid.

⁹ Ibid.

Gegen den Gerichtsbeschuß legte Tulku Tenzin Delek bei dem Höheren Volksgericht von Sichuan zwecks Aufhebung des Todesurteils Berufung ein¹⁰. Bei einer Wiederaufnahme des Verfahrens hinter verschlossenen Türen bestätigte das Höhere Volksgericht jedoch am 26. Januar 2003 das zuvor ergangene Urteil. Das Urteil gegen Lobsang Dhondup wurde ebenfalls aufrecht erhalten, und er wurde unmittelbar am 26. Januar 2003 exekutiert¹¹.

Die Grundlage für die Inhaftierung und strafrechtliche Verfolgung Tulku Tenzin Deleks bildete einzig und allein das angebliche Geständnis von Lobsang Dhondup. Die Strafverfolger behaupten zudem, Tulku Tenzin Delek habe seine Beteiligung bei dem Ermittlungsprozeß gestanden. Inoffiziellen Berichten zufolge – darunter von Augenzeugen sowie die persönliche Aussage des Tulku – gibt es gute Gründe anzunehmen, daß Lobsang Dhondups sogenanntes Geständnis auf Nötigung zurückzuführen ist. Es heißt, Lobsang Dhondup sei in der Haft gefoltert und geschlagen worden¹².

Im Widerspruch zu den Feststellungen der chinesischen Justizbeamten geht auch aus den dem TCHRD zugegangenen Informationen hervor, daß Tulku Tenzin Delek das Urteil zurückwies und seine Unschuld beteuerte. Wie zu erfahren war, leugnete Tulku sowohl während des Prozesses¹³, als auch auf einer von ihm besprochenen Tonkassette jegliche Verwicklung in irgendwelche gegen die Nation gerichtete Aktivitäten und forderte ein faires Gerichtsverfahren. In einer insgeheim aufgenommenen und später aus Tibet geschmuggelten Botschaft erklärte er:

“Was immer sie tun und sagen, ich bin völlig unschuldig... Als ich von den Explosionen und Lobsang Dhondup hörte, fürchtete ich bereits, daß ich fälschlicherweise beschuldigt und verhaftet werden, also zum Sündenbock gemacht werden könnte. Ich wurde zu Unrecht angeklagt, weil ich immer aufrichtig war und mir die Interessen und das Wohl der Tibeter am Herzen lagen. Den Chinesen gefiel nicht, was ich tat und sagte. Das ist der einzige Grund, warum ich verhaftet wurde... Ich habe immer gesagt, daß wir unsere Hand nicht gegen andere erheben sollen, denn es ist eine Sünde. Ich habe weder Flugblätter verteilt noch heimlich Bomben gelegt. Solche Dinge wären mir nicht in den Sinn gekommen, denn ich habe noch nie die Absicht gehabt, andere zu verletzen”¹⁴.

Die Fallstricke des chinesischen Justizsystems

Als die veränderte Strafverfahrensordnung (Criminal Procedure Law = CPL) der VR China 1997 in Kraft trat, wurde dies weithin als ein Schritt Chinas in Richtung Rechtsstaatlichkeit begrüßt¹⁵. Der revidierte Gesetzestext enthält mehrere neue Bestimmungen – etwa, daß den Angeklagten eine verbesserte anwaltliche Vertretung und mehr Schutz zugestanden wird, bis ein Gericht ihre Schuld nachgewiesen hat. Weiterhin werden in dem neuen Strafgesetz die Grundrechte der Bürger auf Leben und Freiheit garantiert. Wirft man jedoch einen Blick auf das, was sich nach der Festnahme des Tulku und Lobsang Dhondups abgespielt hat, so sieht man, daß China den neuen Rechtsgarantien, die durch das revidierte Strafgesetz eingeführt wurden, überhaupt keine Geltung verschafft hat.

Sowohl Tulku Tenzin Delek als auch Lobsang Dhondup wurde eine faire und angemessene anwaltliche Vertretung versagt. Das chinesische Strafverfahrensgesetz räumt jetzt dem Angeklagten das Recht ein, sich durch einen Anwalt seiner Wahl vor Gericht verteidigen zu lassen¹⁶. Es gestattet einem Verhafteten,

¹⁰ Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, Jahresbericht 2002, TCHRD, S. 122.

¹¹ “China Court rejects Tibetan death sentence appeal”, Reuters, 26 Jan 2003.

¹² China verurteilt zwei Tibeter zum Tode, Human Rights Update, TCHRD, Dec 2002, S. 1. (Informationen aus Tibet zufolge soll Lobsang Dhondup am 2. Dezember im Gerichtssaal seine Unschuld hinausgebrüllt haben. Er rief: “Weder der Tulku noch ich haben irgend etwas mit der Bombenexplosion zu tun”. Andere Quellen: “The execution of Lobsang Dhondub and the case against Tenzin Deleg”: Congressional Executive Commission on China 2003.

¹³ “China verurteilt zwei Tibet zum Tode”, Human Rights Update, Dec 2002, S. 1. Es heißt, Tulku Tenzin Delek habe dem Gericht eine unfaire Verfahrensweise vorgeworfen und laut gerufen, Seiner Heiligkeit der Dalai Lama möge ein langes Leben beschieden sein. Daraufhin wurde er von dem Sicherheitspersonal geknebelt und aus dem Gerichtssaal weggebracht.

¹⁴ “Tibetischer Mönch beteuert seine Unschuld auf einem herausgeschmuggelten Tonband”, Radio Free Asia, 21 Jan 2003. Die Aufnahme soll am 18. Januar entstanden sein, während der Tulku auf die Wiederaufnahme des Verfahrens bei dem Höheren Volksgericht wartete.

¹⁵ Ein chinesischer Rechtsgelehrter bezeichnete das revidierte Strafgesetz als einen Meilenstein auf Chinas Weg zur Rechtsstaatlichkeit. Aus: The Amended Criminal Procedure Law and The Criminal Court rules of the People’s Republic of China, Wei Luo, Buffalo, New York, 2000.

¹⁶ Art. 32 des CPL besagt: Zusätzlich zu der Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung könnten einer Straftat Verdächtige und Angeklagte ein oder zwei Leute mit ihrer Verteidigung beauftragen.

sich durch einen Anwalt beraten zu lassen, bevor der Staatsanwalt den Fall vor Gericht bringt¹⁷. Darüber hinaus kann das Gericht einen Anwalt bestimmen, falls der Angeklagte nicht selbst für seine Verteidigung sorgt¹⁸.

Aus den dem TCHRD zugegangenen Berichten wird ersichtlich, daß in dem nichtöffentlichen Berufungsverfahren bei dem Höheren Volksgericht von Sichuan Tulku Tenzin Delek nicht erlaubt wurde, einen Anwalt seiner Wahl heranzuziehen. Als er bei der höheren Instanz Berufung einlegte, heuerte sein Bruder Tsering Lolo zwei renommierte chinesische Rechtsanwälte, Zhang Sizhi und Li Huigeng, aus Peking an, die seine Verteidigung übernehmen sollten. Doch der Richter beim Höheren Volksgericht von Sichuan, Wang Jinghong, wies zu einem späteren Zeitpunkt diese Vertretung zurück. Das Gericht bestellte statt dessen dieselben Anwälte, welche die zwei Angeklagten bereits vor dem Mittleren Volksgericht von Kardze vertreten hatten¹⁹. Dabei ist es nicht einmal sicher, ob diese zwei Anwälte den Angeklagten tatsächlich verteidigten, denn die Berufung wurde ja unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Ebensowenig wissen wir, ob Tulku Tenzin Delek jemals über die Ablehnung der von ihm gewählten Anwälte in Kenntnis gesetzt wurde.

Offiziell wurde nicht klargestellt, warum der Richter einen solchen Schritt unternahm, doch die gerichtliche Verfügung, Tulku Tenzin Delek ein angemessenes und faires Verfahren zu verweigern, könnte als politisch motiviert interpretiert werden. In mehreren inoffiziellen Berichten wurde erwähnt, daß der Tulku wegen seines sozialen Engagements und seiner Popularität den Verdacht der lokalen Behörden auf sich gezogen hatte. Diese hatten 1997 sogar versucht, ihn mit der Begründung, er baue Klöster ohne legale Erlaubnis, zu verhaften²⁰. Die Festnahme von Lobsang Dhondup, eines Verwandten des Tulku, erschien den Behörden wahrscheinlich als passende Gelegenheit, um den tibetischen Lama belangen zu können und ihre frühere Blamage wettzumachen. Nach der summarischen Exekution von Lobsang Dhondup, dessen Aussage die Basis für die Beweise gegen Tulku Tenzin Delek bildet, steht dies völlig außer Zweifel. Mit Lobsang Dhondups Tod sind auch die Chancen des Tulku auf eine faire Neuverhandlung seines Falles gesunken.

Widerrechtliche geheime Inhaftierung vor dem Prozeß

Über den Verbleib von Tulku Tenzin Delek und Lobsang Dhondup gab es, nachdem sie festgenommen wurden, fast sieben Monate lang praktisch keine Informationen. Dies stellt einen Verstoß gegen Art. 64 des "Grundgesetzes" (Basic Law) dar, welcher die Organe der Staatssicherheit verpflichtet, die Angehörigen oder die Arbeitseinheit des Betroffenen innerhalb von 24 Stunden über seine Festnahme in Kenntnis zu setzen²¹. Wenn man sich an diese Vorschrift gehalten hätte, so hätte dies die Sicherheitsbeamten in der Vorbereitungsphase des Prozesses vom Mißbrauch ihrer Macht abgehalten. Es war bekannt, daß Tulku Tenzin Delek am 7. April 2002 festgenommen wurde, doch hörten seine Anhänger erst am 27. November 2002 wieder von ihm, als sowohl er als auch Lobsang Dhondup vor das Mittlere Volksgericht von Kardze gestellt wurden²². Bis zu diesem Zeitpunkt wurden beide unter dem Vorwand, bei dem Fall gehe es um "Staatsgeheimnisse", in Isolationshaft gehalten.

Daß den Festgenommenen routinemäßig das Recht auf die Benachrichtigung ihrer Verwandten oder Freunde über ihre Verhaftung sowie ihr Recht auf eine ordentliche gesetzliche Verteidigung verweigert wird, stellt auch eine Verletzung des Grundsatzes der gleichen Behandlung vor dem Gesetz dar, wie er im Art. 10 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Art. 14(1) des ICCPR festgeschrieben ist.

¹⁷ Der Art. 33 des CPL besagt: Beginnend mit dem Tag, an dem von dem Staatsanwalt ein Fall vorgebracht und eine Anklageschrift vorgelegt wird, hat der verdächtige Straftäter das Recht, einen Verteidiger mit seiner Verteidigung zu beauftragen.

¹⁸ Der Art. 34 des CPL besagt: Wenn ein Staatsanwalt eine Straftat vor Gericht bringt, und der Angeklagte wegen finanzieller Schwierigkeiten oder aus anderen Gründen keinen Anwalt engagiert hat, kann das Volksgericht einen Verteidiger bestellen, der die gesetzliche Beistandspflicht auf sich nimmt.

¹⁹ "Das Recht auf einen fairen Prozeß", Jahresbericht 2002, TCHRD, S. 122.

²⁰ Biographie von Tulku Tenzin Delek, Human Rights Update, TCHRD, April 2002. Die Behörden hatten eine lange Liste von Klagen über den Tulku aufgestellt, um ihn fest zu können. Die örtliche Bevölkerung schrieb eine Petition zu seinen Gunsten und erreichte, daß der Haftbefehl zurückgenommen wurde.

²¹ Der Art. 64 des Strafverfahrensgesetzes besagt: Wenn die Organe der Öffentlichen Sicherheit eine Person festnehmen, so haben sie einen Haftbefehl vorzulegen. Die Familie des Festgenommenen oder die Abteilung, in der er arbeitet, muß über die Gründe der Verhaftung informiert werden.

²² "Justizirrtum? Der Prozeß von Tenzin Delek Rinpoche, Report", Amnesty International, ebenfalls in "China verurteilt zwei Tibeter zum Tode", Human Rights Update, Dec 2002, S. 1.

Das chinesische Strafgesetz fordert weiterhin, daß Todesurteile von dem Obersten Volksgericht überprüft und gebilligt werden²³. In diesem Sinne versicherten chinesische Regierungsvertreter dem US Staatsminister für Arbeit, Lorne Craner, bei seinem Besuch im Dezember 2002, daß eine abschließende Revision des Falles durch das oberste Gericht Chinas stattfinden würde²⁴. Die Tatsache, daß das Todesurteil bei einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgten Revisionsverfahren bestätigt und noch am selben Tage vollstreckt wurde, verletzt sowohl den Buchstaben als auch den Sinn des chinesischen Grundgesetzes.

Neue Anti-Terror-Gesetze richten sich gezielt gegen Tibeter

Die chinesische Regierung hat sich den globalen Kampf gegen den Terrorismus zunutze gemacht, um ihre Maßnahmen zur Unterdrückung der friedlichen tibetischen Proteste zu rechtfertigen. Den Aussagen chinesischer Politiker ist zu entnehmen, daß sie nun Tibeter mit Vorliebe mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung bringen²⁵. Bei einer Pressekonferenz in der chinesischen Botschaft in Washington D.C. ging Xiaowen Ye, der Leiter des Ministeriums für religiöse Belange, so weit, Tulku Tenzin Delek mit Osama Bin Laden zu vergleichen²⁶. Wie sehr der Regierung daran gelegen ist, den vermeintlichen "tibetischen Terrorismus" als Gefahr hinzustellen, wurde deutlich, als chinesische Truppen am 17. November 2003 eine eintägige Antiterror-Militärübung mit der Bezeichnung "Himalaya 03" in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, abhielten²⁷.

Chinas Feldzug gegen den Terrorismus hat seit dem Anschlag vom 11. September in den USA neue Formen angenommen. Im Dezember 2001 wurde das chinesische Strafgesetz durch einige Artikel zur strengeren Ahndung terroristischer Akte ergänzt²⁸. Vereinte Anstrengungen, um die Kampagne außerhalb Xinjiangs auch auf andere Regionen auszuweiten, begannen im März 2002, als das Ministerium für Öffentliche Sicherheit eine Sondereinheit zur Abwehr von "terroristischen Verbrechen" einrichtete²⁹. Die Intensivierung des Vorgehens gegen separatistische Gruppen in Xinjiang ging einher mit der Verlängerung des Strafmaßes von drei auf zehn Jahre für diejenigen, die eines solchen Verbrechens überführt wurden.

Die Exekution von Lobsang Dhondup könnte ein trauriger Auftakt dazu sein, wie China nun die Klausel gegen Terrorakte in seinem Strafrecht rücksichtslos zur Unterdrückung der Tibeter zu nutzen gedenkt.

Willkürliche Festnahmen im Zusammenhang mit dem Fall des Tulku

Im Laufe des Jahres wurden immer mehr Tibeter wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugungen inhaftiert. Das zeigt, daß die Verfolgung von Tibetern, die sich gegen die Repression durch die chinesische Regierung auflehnen, unvermindert anhält. Die Fälle reflektieren aber auch die Mängel im chinesischen Justizsystem, was oft zu Fehlurteilen gegen Tibeter, die politischer Verbrechen angeklagt wurden, geführt hat.

Im Zusammenhang mit Tulku Tenzin Deleks Fall wurden vermutlich um die 80 Tibeter willkürlich festgenommen und für kürzere oder längere Zeit inhaftiert³⁰. Bei acht Personen erhielt das TCHRD bestätigte Information, daß sie fast ein Jahr ohne Anklageerhebung oder Prozeß festgehalten wurden. Weitere Verhaftungen gab es nach Lobsang Dhondups Hinrichtung. Die Betroffenen wurden verdächtigt, mit Ausländern gesprochen und ihnen Einzelheiten über den Fall, der inzwischen international Aufsehen erregt hatte, mitgeteilt zu haben³¹.

Lobsang Tenphen, ebenfalls ein naher Verwandter von Tulku Tenzin Delek, wurde am 12. Februar 2003 festgenommen. Beinahe sieben Monate lang wußten seinen Angehörigen nichts über seinen Verbleib und

²³ Art. 199 des CPL besagt: Todesurteile müssen von dem obersten Volksgericht überprüft und bestätigt werden.

²⁴ John Pomfret, "China executes Tibetan monk for alleged bombing", Washington Post Foreign Service, 28 Jan 2003.

²⁵ Einem TIN Report zufolge hat die Sprecherin Zhang Qiyue des chinesischen Außenministeriums den Fall als einen "Akt des Terrors" charakterisiert.

²⁶ Linzhe Shi, "China ties dissent to terrorism", Cos news online.

²⁷ "Chinese troops in Tibet exercise", Reuter, 17 Nov 2003.

²⁸ "Achtung vor den bürgerlichen Freiheiten", Jahresbericht 2002 TCHRD, S. 111.

²⁹ "Menschenrechtsverletzungen im Namen der Terrorismusabwehr", Ein Bericht von Human Rights Watch, 25. März 2003.

³⁰ "80 Tibetans reportedly detained: Disciple of condemned monk calls for leniency", Radio Free Asia, 30 May 2003.

³¹ China gags kin of executed, jailed Tibetans in bomb case: a report", Agence France Press. Einer der Verwandten soll gesagt haben: "Lokalbehörden warnten uns davor Ferngespräche zu führen, denn wir würden bestraft, falls wir es täten". Auch sollen die Verwandte über den Tod von Lobsang Dhondup erst nach fünf Tagen durch einen öffentlichen Anschlag erfahren haben.

sein Befinden³². Sie waren sehr in Sorge ob seines plötzlichen Verschwindens. Es hieß dann, die Chinesen hätten Lobsang Tenphen verhaftet, weil er angeblich Geld gesammelt hatte, um die Freilassung von Tulku Tenzin Delek zu bewirken. Er wurde später vor Gericht gestellt und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Einzelheiten über Luzi Tashi Phuntsok, der am 17. April 2002 verhaftet worden war, wurden auch erst 2003 bekannt. Verlautbarungen zufolge wurde er beschuldigt, mit Tulku Tenzin Delek gemeinsame Sache gemacht zu haben, und im November 2002 wurde er in einem geheimen Prozeß zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt³³. Es ist unklar, ob Lobsang Tenphen und Tashi Phuntsok überhaupt die Möglichkeit hatten, Anwälte zu ihrer Verteidigung heranzuziehen oder ob sie zumindest während des Prozesses ihre Unschuld beteuern konnten. Wegen des Mangels an Informationen kann man nicht beurteilen, ob der Standard für einen fairen Prozeß gemäß den internationalen Normen eingehalten wurde.

Bei einem anderen Zwischenfall am 11. April 2003 nahmen die chinesischen Behörden zwei Mönche des Labrang Tashi Kyil Klosters im Distrikt Sangchu, Provinz Gansu, fest. Bei Kunchok Choephel und Jigme Jamtruk wurden Büchlein mit Reden des Dalai Lama gefunden. Beide stehen in dem Ruf, politisch tätig gewesen zu sein, einmal gemeinsam 1990 und dann wieder jeder für sich 1995. Während Jigme wegen einer Stellung, die er früher einmal im Demokratischen Verwaltungsrat des Klosters eingenommen hatte, wieder freigelassen wurde, blieb Kunchok in Haft, ohne daß seine Angehörigen wußten, wo er sich befand. Sie versuchten alles nur Mögliche, um etwas über seinen Verbleib in Erfahrung zu bringen, doch die Sicherheitsbeamten waren nicht bereit, ihnen irgend eine diesbezügliche Information zu geben³⁴.

Fortsetzung der Haft über die Strafe hinaus

Man hörte von einer relativ großen Zahl von tibetischen Gefangenen, deren Haftstrafen in den letzten Jahren verlängert wurden. Zu den prominentesten dieser Kategorie zählt der inzwischen freigelassene Takna Jigme Sangpo, dessen Strafe dreimal verlängert wurde, so daß sie am Ende 41 Jahre betrug³⁵. Die Nonne Ngawang Sangdrol, die ebenfalls aus medizinischen Gründen freigekommen ist, war mit insgesamt 21 Jahren Haftstrafe in einer ähnlichen Lage³⁶. Nach dem Gefangenenprotest im Drapchi-Gefängnis am 1. und 4. Mai 1998 wurden die Strafen von ungefähr 27 Gefangenen verlängert³⁷.

Die meisten Urteilsverlängerungen erfolgten als Bestrafung für diejenigen Häftlinge, die der offiziellen Linie in gewissen Punkten konstant ihre Unterstützung verweigerten wie z.B., wenn es um ihre Loyalität gegenüber dem Dalai Lama und die chinesische Politik in Tibet ging. Strafverlängerungen treffen auch jene, die durch ihren Status oder ihre Persönlichkeit vermehrt die Aufmerksamkeit der internationalen Medien und Menschenrechtsrechtsgruppen auf sich ziehen.

1993 nahmen 14 Nonnen vom Drapchi Gefängnis heimlich Lieder auf eine Tonkassette auf, in denen sie ihre Heimat und den Dalai Lama priesen. Diese Lieder fanden ihren Weg in alle Welt und wurden zum Symbol des Widerstandsgeistes der tibetischen politischen Gefangenen, die in den unzähligen Haftanstalten auf dem ganzen tibetischen Hochland schmachten. Später wurden alle diese Nonnen mit Haftverlängerungen von 5 bis 9 Jahren belegt³⁸. Derzeit befinden sich noch zwei dieser Nonnen in Haft. Eine von ihnen, Phuntsok Nyidron, hat eine Gesamtstrafe von 17 Jahren zu verbüßen und ist in sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand³⁹.

Dem TCHRD gingen auch dieses Jahr wieder Informationen zu, nach denen Tibeter selbst über das Ende ihrer Haftstrafe hinaus noch festgehalten werden, was ein eindeutiger Verstoß gegen Chinas "Grundgesetz" ist. Dem abgeänderten Strafgesetz zufolge wird die Gefängnisstrafe von dem Tag an

³² "Verschwundener Tibeter zu fünf Jahren Haft verurteilt", Human Rights Update, TCHRD, Oct 2003, S. 2.

³³ "An TB erkrankter Mönch zu 7 Jahren verurteilt", TCHRD Oct. 2003, "Tibetans lost in legal system", Human Rights Watch, 15 July 2003.

³⁴ "Zwei Mönche verhaftet, Verbleib unbekannt", Human Rights Update, TCHRD, April 2003, S. 6.

³⁵ "Punkt 9": Fragen der Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Mündliche Aussage von Takna Jigme Sangpo", 59. Sitzung der UN Menschenrechtskommission, Genf 2003.

³⁶ "Ngawang Sangdrol kommt in die USA zwecks ärztlicher Behandlung", Human Rights Update, TCHRD März 2003.

³⁷ "Drapchi: Tibets gefürchtetstes Gefängnis", TCHRD Juni 2001.

³⁸ "Strafmaß einer Nonne wegen Singens von Liedern auf 17 Jahre erhöht" TIN News Update, 20 Feb 1994.

³⁹ Phuntsok Nyidron wurde inzwischen freigelassen, siehe TIN News vom 26. Feb 2004.

gerechnet, wo der Betreffende zur Ermittlung in Gewahrsam genommen wird⁴⁰. Jegliche zeitliche Ausdehnung der Haft ohne ordentlichen Gerichtsbescheid ist ein Verstoß gegen das Gesetz.

Im August 2003 erfuhr das TCHRD, daß Champa Chungla immer noch in Haft ist, obwohl er am 16. Mai aus dem Gefängnis hätte kommen sollen. Champa Chungla war der Sekretär des Suchkomitees nach dem reinkarnierten XI. Panchen Lama. Er war auch ein Mitarbeiter von Chadrel Rinpoche, dem Abt des Tashi Lhunpo Klosters in Shigatse, dem Leiter des Suchtrupps. Champa Chunglas Strafe lautete auf 4 Jahre, und seine Haftzeit hätte an genanntem Datum beendet sein sollen⁴¹. Die Nachricht von seiner weiteren Inhaftierung machte wieder einmal Chinas fortdauernde Praxis deutlich, tibetische Gefangene auch über ihre eigentliche Strafe hinaus festzuhalten.

Die Kraft von Chadrel Rinpoches Glaubens an den Dalai Lama ist so stark, daß er sich weigert, dem chinesischen Druck nachzugeben. Die chinesische Polizei verhaftete ihn im Mai 1995 und verurteilte ihn zu 6 Jahren wegen "Konspiration zur Spaltung des Landes und Weitergabe von Staatsgeheimnissen". Er hat bereits das gesamte Strafmaß gemäß dem Gerichtsurteil abgesessen, zudem wurde ihm offiziell bestätigt, daß er ein freier Mann sei, wenn er auch nicht in sein Kloster zurückkehren dürfe⁴². Doch seit seiner Festnahme hat ihn keiner mehr gesehen, und bis jetzt gibt es keine Informationen über seinen Aufenthaltsort. Inoffiziellen Berichten vom April 2003 zufolge steht er immer noch unter Hausarrest oder gar noch schlimmer⁴³. Falls er über die abgeleistete Strafe hinaus unter Hausarrest gehalten wird, ist dies eine Verletzung von Chinas eigenem Gesetz, ebenso wie der internationalen Rechtsnormen, denen zufolge eine willkürliche Inhaftierung vorliegt,

- "wenn sie nicht offenkundig auf legaler Grundlage gerechtfertigt werden kann (wie fortgesetzte Haft auch nach Strafverbüßung oder obwohl eine Amnestie erlassen wurde);
- wenn die Freiheitsberaubung das Resultat einer Verurteilung wegen der Ausübung der Rechte und Freiheiten ist, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte proklamiert wurden, oder in dem Internationalen Übereinkommen über bürgerliche und politische Rechte niedergelegt sind"⁴⁴.

Hartes Durchgreifen auch über die TAR hinaus

Chinas alles überragende Sorge um die Stabilität der Nation zeigt sich auch in dem ständigen Bemühen, den Einfluß des Dalai Lama in der Autonomen Region Tibet zunichte zu machen. Die ganze Skala von Maßnahmen zur Kontrolle jeglicher Loyalitätsbekundung für den Dalai Lama wurde nun der "Hartdurchgreif-Kampagne" zugeordnet, einer Kampagne, die zuerst in China selbst zur Bekämpfung von Verbrechen und Korruption gestartet wurde.

In Tibet wurde die Kampagne unter das Vorzeichen der Ausrottung von tibetischem Abweichlertum gestellt, mit Maßregeln wie der "patriotischen Erziehung" und dem Verbot von Dalai Lama Photos. Zur Durchführung der Kampagne suchten sogenannte "Arbeitsteams" regelmäßig die größeren religiösen Einrichtungen auf. Dort trieben sie die Mönche und Nonnen zusammen, um sie dann zu zwingen, dem Dalai Lama abzuschwören. Auch in der säkularen Gesellschaft sucht die Regierung zu verhindern, daß das Volk Bilder des Dalai Lama bei sich zu Hause aufstellt; schließlich ging sie so weit, Tibeter in offiziellen Stellen, die Kinder in tibetischen Schulen in Indien haben, aufzufordern, diese zurückzurufen.

Die „Hartdurchgreif-Kampagne“ war 2001 in der TAR fast zum Abschluß gebracht. Da sie hauptsächlich auf die TAR konzentriert war, genossen Tibeter in anderen Regionen in dieser Periode noch relativ mehr Freiheit. Die Dinge haben sich aber inzwischen geändert, in den letzten Jahren nahmen auch in Gebieten außerhalb der TAR die Festnahmen immer mehr zu.

⁴⁰ Art. 47 des Strafgesetzes der PRC besagt: Die Zeit einer verkündeten Gefängnisstrafe wird von dem Datum an gerechnet, an dem das Urteil zur Anwendung kommt. Falls die Person in Gewahrsam war, ehe das Urteil in Kraft trat, wird das Strafmaß um die Anzahl der Tage vermindert, die sie schon inhaftiert war.

⁴¹ "Enger Gehilfe von Chadrel Rinpoche immer noch in Haft" Human Rights Update, TCHRD, August 2003.

⁴² "Lama Nyandak: Chadrel Rinpoche nicht willkommen im Kloster Tashi Lhunpo", Human Rights Update, TCHRD, Aug. 2003.

⁴³ "Chadrel Rinpoche unter Hausarrest", Human Rights Update, April 2003.

⁴⁴ Definition der Arbeitsgruppe für Willkürliche Festnahme.

Der Brennpunkt verlagert sich nach außerhalb der TAR

Die im Jahr 2003 eingegangenen Berichte zeigen deutlich, wie sich der Brennpunkt der vom Staat gegen den Dalai Lama durchgeführten Kampagne verlagert hat. Aus den hohen Zahlen von Verhaftungen und Festnahmen in Gebieten wie Kardze und Lithang in der Provinz Sichuan wird ersichtlich, daß Tibeter, die außerhalb der TAR wohnen, einen starken Widerstand gegen diesen Feldzug leisten.

Sechs Tibeter aus dem Kloster Khangmar im Distrikt Marthang der Tibetisch-Autonomen Präfektur Ngaba (Sichuan) wurden Mitte Januar 2003 festgenommen, nachdem den Behörden bekannt geworden war, daß sie eine Gebetszeremonie für das lange Leben des Dalai Lama durchgeführt hatten. Bei vier von ihnen, den Mönchen Sherthar, Soepa, Tsogphel und Woesser, fand sich sogar ein Portrait des Dalai Lama. Im August wurde ihnen der Prozeß gemacht, und sie wurden zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Härte des Urteils für das vermeintliche Verbrechen des Besitzes von Dalai Lama-Bildern beweist, daß China nun auch die religiöse und politische Freiheit der außerhalb der TAR lebenden Tibeter zunehmend erstickt⁴⁵.

Die chinesischen Behörden und "Arbeitsteams" in den Distrikten Kardze und Lithang der TAP Kardze, Sichuan, forderten am 11. und 12. November 2003 die Bürger auf, alle in ihrem Besitz befindlichen Dalai Lama Bilder abzuliefern. Einem Bericht aus der Region zufolge erwarteten die chinesischen Kader, daß die Tibeter die Bilder freiwillig bei den Meetings abgeben würden. Als die Leute aus den Dörfern aber keine Anstalten hierzu machten, drohten sie ihnen mit der Konfiskation ihres Grund und Bodens⁴⁶.

Darüber hinaus erfuhr das TCHRD 2003 von Massenfestnahmen, die im Oktober 2002 im Kreis Kardze wegen einer Serie von Gemeinschaftsgebeten für den Dalai Lama stattgefunden hatten. Pema Tsewang, ein Mönch aus dem Kloster Kardze, der im Mai 2003 nach Indien entkam, berichtete, daß die Leute in seinem Heimatort in jener Zeit auf eine Reihe von Verhaftungen hin "von großer Furcht ergriffen" wurden⁴⁷. Die meisten der Organisatoren der Gebetsversammlungen seien festgenommen und zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Solche Gebetstreffen gab es in fast allen tibetischen Dörfern des Distrikts Karze, und überall strömte das einfache Volk hin. Der Mönch sagte, er sei sehr um die Sicherheit und das Leben der Festgenommenen besorgt.

Im August 2003 zwangen die chinesischen Behörden die Bewohner der heutigen Provinz Qinghai in Nordost Tibet, zum offiziellen Besuch des von Peking erkorenen Panchen Lama, Gyaltzen Norbu (chin. Gyancian Norbu), zu erscheinen. Dem TCHRD kam zu Ohren, daß für den Besuch dieses Halbwüchsigen 80.000 Yuan (9.450 US\$) aufgewendet wurden – etwa zum Ausbau der Infrastruktur, um Chinas erwähltem Lama einen stattlichen Empfang zu bereiten. Die Behörden befahlen der Bevölkerung, ihren Panchen Lama willkommen zu heißen. Die meiste Zeit hielt er sich in Labrang Tashi Kyil auf, da jedoch nur ein paar Mönche zu seinen Belehrungen kamen, mußten die Behörden Mönche von einem in der Nähe gelegenen Kloster herbeizutieren⁴⁸.

Die Sicherheitsmaßnahmen waren während des Besuches des jungen Mannes besonders intensiv. Kaum war er abgefahren, brachten die Bewohner der Gegend ihr Mißfallen zum Ausdruck, indem sie Unabhängigkeits-Poster anbrachten. Dieser Vorfall führte zu mehreren Verhaftungen und Ermittlungen. Die Untersuchungsbeamten ließen die festgenommenen Mönche Worte niederschreiben, um ihre Handschrift mit der auf den Plakaten zu vergleichen⁴⁹. Weitere Informationen über den Vorfall erhielt das TCHRD leider nicht.

Dämonisierung des Dalai Lama und Unterdrückung von Abweichlern

In dem Berichtsjahr erreichten uns weniger Nachrichten über Festnahmen und Verhaftungen aus der TAR. Dies bedeutet jedoch keineswegs einen Wandel von Chinas Politik in dieser Region. Nachdem die Bewohner von Zentraltibet nun schon über ein Jahrzehnt lang gut vorbereiteten politischen Kampagnen wie der "patriotischen Umerziehung" und anderen restriktiven Maßnahmen ausgesetzt waren, sind sie sich jetzt eher der Konsequenzen bewußt, die auf sie zukommen, wenn sie ihren Dissens offen bekunden.

⁴⁵ "Vier Mönche zu langen Haftstrafen verurteilt", Human Rights Update, Okt 2003. Weitere Details siehe Kapitel "Religiöse Freiheit".

⁴⁶ "Anti-Dalai-Lama Kampagne in Kardze und Lithang intensiviert", Presseerklärung des TCHRD vom 14. Nov 2003.

⁴⁷ "Distrikt Kardze nach Gebetszeremonien im Würgegriff der Sicherheitskräfte", Human Rights Update, Juli 2003. Siehe auch Kate Saunders, "Gespanntes politisches Klima in Kardze als Folge von Gebetszeremonien für den Dalai Lama", 27. Juni 2003.

⁴⁸ "Willkürliche Festnahmen als Nachspiel zu Gyaltzen Norbus Besuch im Tashi Kyil Kloster", Human Rights Update, Okt 2003.

⁴⁹ Ibid.

Darüber hinaus läßt die derzeit vorherrschende Atmosphäre der Furcht und Einschüchterung weniger Raum, um zuverlässige Information aus der Gegend zu bekommen. Das allgemeine Klima der Furcht wurde von einem älteren, jetzt im Exil lebenden Mönch treffend so beschrieben: "Wenn heutzutage Menschen verhaftet werden, wissen oft nur die engsten Familienangehörigen Bescheid, und manchmal erfahren auch sie erst nach einiger Zeit davon. Wenn früher einer unserer Mönche im Gefängnis oder kurz nach seiner Entlassung starb, so erfuhren es alle im Kloster sehr schnell, aber heute haben die Angehörigen meistens viel zuviel Angst und vermeiden es, darüber zu sprechen. Oft werden sie auch von der Gefängnisleitung davor gewarnt, etwas verlauten zu lassen, weshalb es manchmal Monate dauert, ehe wir überhaupt von solchen Vorfällen erfahren"⁵⁰.

Trotz solcher Hindernisse kamen uns dennoch einige Fälle von Festnahmen in diesem Jahr zu Ohren, woraus wir schließen können, daß die Chinesen nach wie vor jeden Anschein der Herausforderung ihrer Autorität gnadenlos verfolgen, wobei sie besonders den Dalai Lama dämonisieren.

Im Sommer 2003 hörte das TCHRD von der Festnahme von drei Tibetern in Lhasa unter dem Verdacht "separatistischer Delikte" und der "Spaltung des Mutterlandes, der Untergrabung der Einheit unter den Nationalitäten und der Verletzung der Verfassung"⁵¹. Die chinesischen Behörden bestätigten später die Festnahme zweier Tibeter, nämlich von Yeshe Gyatso, einem Mitglied der „Chinese People's Political Consultative Conference“, und von Dawa Tashi, einem Studenten der Tibet-Universität. Verhaftet worden waren sie am 16. Juni, drei Wochen vor dem 68. Geburtstag des Dalai Lama.

Trotz der offiziellen Bestätigung der Festnahmen ist nicht genau bekannt, welche Vergehen sich die beiden zuschulden haben kommen lassen. Es wurde berichtet, daß das Mittlere Volksgericht von Lhasa Yeshe Gyatso später zu 6 Jahren Haft verurteilte⁵². Sein vorgerücktes Alter von 70 Jahren scheint das Gericht nicht zur Milde veranlaßt zu haben. Der dritte Festgenommene, Bhuchung, wurde in offiziellen Verlautbarungen nicht erwähnt.

In unseren früheren Berichten beschrieben wir, wie die chinesischen Behörden während wichtiger tibetischer Feste Repression und Überwachung verstärken. Auf die zurückliegenden Jahre blickend kann man sagen, daß der Hauptgrund für die Intensivierung der Kontrolle an gewissen, mit dem Dalai Lama im Zusammenhang stehenden Tagen die Paranoia der Regierung wegen der Verehrung der Tibeter für ihn ist⁵³. Obwohl China sich des wachsenden Wohlstandes und einer angeblichen Lockerung seiner Politik in Tibet rühmt, beweist die Festnahme von Tibetern, daß der Eingriff des Staates in die religiösen und politischen Freiheitsrechte nicht nachgelassen hat.

Im Dezember 2002 nahm das *Public Security Bureau* (PSB) von Gyantse den 65-jährigen Nyima Tsering, einen ehemaligen Tibetisch-Lehrer, unter der Anklage fest, Flugschriften verteilt zu haben, in denen die Unabhängigkeit gefordert wird. Das TCHRD erfuhr, daß er im Juni 2003 vom Mittleren Volksgericht von Gyantse der "Aufhetzung der Massen" für schuldig befunden und zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde⁵⁴.

Straßenmusikanten können auch mit dem chinesischen Gesetz in Konflikt geraten, wenn ihre Lieder Verse über den Dalai Lama oder die tibetische Exilgemeinde enthalten. Ende 2001 sang Phumlak auf den Straßen Lhasas ein Lied mit der Strophe "Lhasa wurde nicht verkauft, Indien wurde nicht gekauft, nicht, daß der Dalai Lama keine Heimstätte habe", in der ein politischer Unterton gewittert wurde. Wie es heißt, wurde er ziemlich schnell von der Polizei abgeführt und bei der Festnahme mißhandelt⁵⁵.

Vernehmung unter Folter und Schlägen

Im September 1988 ratifizierte China die UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung (CAT) und am 2. November desselben Jahres trat es der Konvention bei⁵⁶. Es wurden auch Gesetze verabschiedet, um den Vorgaben der CAT, welche Folter und andere Zwangsmaßnahmen verbieten, Geltung zu verschaffen. Der Art. 43 des

⁵⁰ Kate Saunders, "Verhaftung von Tibetern wegen Separatismus offiziell bestätigt", www.phayul.com, 31 Aug 2003.

⁵¹ "Funktionär aus Lhasa bestätigt die Inhaftierung zweier Tibeter wegen Separatismus", Human Rights Update, TCHRD, August 2003.

⁵² "Yeshe Gyatso zu sechs Jahren verurteilt", www.tibet.net, 2 Dez 2003. Wie von FTC gemeldet, ist er kurz darauf, am 15. Januar 2004 verstorben.

⁵³ "Ausrottung von politischem Dissens", Jahresbericht 2000, TCHRD, S. 9.

⁵⁴ "Tibetischer Lehrer zu fünf Jahren Haft verurteilt", TCHRD, Presseerklärung 16. Dez. 2003.

⁵⁵ "Tibetischer Bettler wegen Singens eines patriotischen Liedes festgenommen", Human Rights Update, TCHRD, Sept 2003.

⁵⁶ CAT, Berichte eingereicht von den Mitgliedstaaten gemäß Art. 19 am 6. Dez. 1989.

Strafverfahrensgesetzes (CPL) garantiert den Bürgern Chinas, daß sie vor Folter geschützt sind⁵⁷. Auch im Grundgesetz gilt es als ein strafbares Verbrechen, wenn diejenigen, welche die Gesetze vollstrecken, oder die Organe der Justiz zu Folter und Mißhandlung greifen.

Tibetische Gefangene wurden trotz Verabschiedung und Inkrafttretens der genannten gesetzlichen Bestimmungen in den vergangenen Jahren immer wieder wegen vermeintlicher Verbrechen während des Vernehmungsprozesses und in den Strafanstalten gefoltert und mißhandelt. Die dem TCHRD zugegangenen Aussagen mehrerer ehemaliger Gefangener sind ein deutlicher Beweis dafür, daß die chinesische Polizei und andere Behörden immer noch zur Folter greifen, um Geständnisse zu erzwingen.

Nachdem er Anfang September aus medizinischen Gründen aus dem Distrikt-Haftzentrum von Tawo, Provinz Sichuan, entlassen worden war, starb der tibetische Mönch Nyima Drakpa am 1. Oktober 2003 bei sich zuhause. Er war zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er für die Unabhängigkeit Tibets eingetreten war. Die Todesursache ist in den gesundheitlichen Schäden zu suchen, die er durch die regelmäßigen Schläge und Folterungen über die Jahre hinweg in der Haftanstalt davongetragen hatte.

In einem Abschiedsbrief schrieb er: "Gleich von Anfang an droschen sie, ohne auch nur eine Frage zu stellen, auf mich ein wie auf eine Trommel, so daß ich kein Wort mehr hervorbringen konnte. Ohne Essen oder auch nur einen Tropfen Wasser setzten sie mich in ein Flugzeug und brachten mich nach Chengdu. Dort übergaben sie mich dem chinesischen Sicherheitspersonal, um mich weiter mißhandeln zu lassen. Diese Ausgeburten von schwarzen Teufeln in Gestalt chinesischer Kader preßten mich zu Boden und schlugen so erbarmungslos auf mich ein, daß ich bald mehr tot als lebendig war. Dann verlor ich das Bewußtsein. Als ich wieder zu mir kam, war es etwa 11 Uhr nachts. Ich merkte, daß ich am ganzen Körper Schmerzen hatte und mich nicht mehr richtig bewegen konnte. Das Schlimmste war, daß meine beiden Beine ohne jedes Gefühl und taub geworden waren"⁵⁸.

Am 8. September 2003 starb Tenzin Phuntsok mit 64 Jahren in einem Hospital in Shigatse. Er stammte aus der Khangmar Gegend und war oft auf Pilgerschaft in Indien gewesen. Die chinesische Polizei nahm ihn am 21. Februar 2003 in Gewahrsam, weil er auf eine Hausdurchsuchung hin politischer Aktivitäten verdächtigt wurde. Obwohl es keine stichhaltigen Beweise für die Anwendung von Folter in seinem Falle gibt, sind dem Verstorbenen Nahestehende der Ansicht, daß die Ursache für seinen Tod in der Mißhandlung zu suchen ist, die er während der Vernehmungen erlitten hat. Tenzin Phuntsok erfreute sich vor seiner Festnahme bester Gesundheit. Die Behörden gaben seinen Angehörigen (seiner Frau, seiner alten Mutter und seinen 11 Kindern) keine Auskunft über seinen Tod oder wann und woran er erkrankt war.

Das TCHRD erhielt im April 2003 unbestätigte Informationen über den ernsten Zustand von Tsering Dhondup, dem Dorfchef von Othok im Distrikt Nagchuka, TAP Kardze. Chinesische Sicherheitskräfte hatten ihn am 7. April 2002 im Zusammenhang mit dem Fall Tulku Tenzin Delek festgenommen. Dem TCHRD kam zu Ohren, daß er im Haftzentrum von Dartsedo so unmäßig gefoltert wurde, daß seine beiden Beine gebrochen sind und er ein Auge verlor. Tsering Dhondups Zustand war dermaßen erbärmlich, daß das Distrikt-Gefängnis von Nyakchuka es ablehnte, die Verantwortung für ihn zu übernehmen, als er vom Haftzentrum Dartsedo dorthin verlegt werden sollte⁵⁹.

Berichte über Folterung und Schläge, die tibetische Gefangene zu erdulden haben, sind nichts Ungewöhnliches. Wieder und wieder wurde wegen dieser Praxis der Gefängnisbediensteten Besorgnis laut und vor allem wegen ihrer Straffreiheit. Der Anspruch der chinesischen Regierung, sie würde sich an die internationalen Menschenrechtsnormen halten, ist falsch und sollte nicht kritiklos hingenommen werden, denn die extreme Mißhandlung der Gefängnisinsassen führt immer noch häufig zu ihrer Einlieferung in ein Krankenhaus oder gar zu ihrem Tod.

⁵⁷ Der Art. 43 der CPL lautet: "Das richtende Personal, die Staatsanwaltschaft und das Untersuchungspersonal haben verschiedene Arten von Indizien zu sammeln, die beweisen, ob der strafverdächtige Tatbestand vorliegt oder irrelevant ist. Der Griff zu Folter, um Geständnisse zu erpressen oder Beweismaterial mittels Einschüchterung, Verführung, Täuschung oder anderer illegaler Methoden zu sammeln, ist streng verboten. Die Bedingungen müssen gewährleistet sein, damit außer unter besonderen Umständen alle Bürger, die mit dem Fall zu tun haben oder mit dessen Umständen vertraut sind, Beweise objektiv und vollständig liefern können; sie können auch herbeigerufen werden, um bei der Ermittlung zu helfen.

⁵⁸ "Ein verzweifelter Ruf aus meinem tiefsten Herzen", Human Rights Update, TCHRD, Oct. 2003

⁵⁹ "Folter und Mißhandlung: Sorge um Sicherheit", Human Rights Update, April 2003.

Einzelhaft

Neben Folterung und Schlägen wird in den Gefängnissen eine weitere Form der Mißhandlung praktiziert, nämlich der Einschluß der Insassen über längere Zeiträume in Isolationszellen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser Amtsmißbrauch immer noch allgemein üblich ist, um Gefangene zu bestrafen, die den offiziellen Forderungen nicht nachkommen und nicht gefügig sind.

Takna Jigme Sangpo, einer der Gefangenen, der besonders im Rampenlicht stand und inzwischen aus medizinischen Gründen entlassen wurde, erwähnte ausdrücklich, daß diese Art der Bestrafung in Drapchi immer noch gang und gäbe sei. In seiner Ansprache an die 59. UN Menschenrechtskommission bat Takna Jigme Sangpo um Milde für zwei seiner damaligen Mitgefangenen, Sonam Tsewang und Tingka, die beide seit 1999 in einer finsternen Zelle im Trakt No. 10 des Drapchi-Gefängnisses in Einzelhaft sitzen. Er schilderte eindringlich das kontinuierliche Leiden dieser zwei Tibeter unter derart unmenschlichen Bedingungen. Selbst ein Opfer einer solchen brutalen Behandlung während seiner langen Gefängnisjahre, ersuchte er die Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung der UNCHR, sie möchten die Wahrheit direkt von diesen zwei Gefangenen in Erfahrung bringen und sich nicht einfach mit Pekings offiziellen Behauptungen zufriedengeben⁶⁰.

Neue Gefahren für tibetische Flüchtlinge

2003 war ein problematisches Jahr für Tibeter, die ins Exil fliehen wollten. Die Lage an der Grenze von Tibet zu Nepal war wegen der verschärften Überwachungsmaßnahmen und Chinas wachsendem politischen Druck auf die Regierung Nepals sehr prekär. Pekings Entschlossenheit, der Flucht von Tibetern in die Freiheit ein Ende zu setzen, wurde deutlich, als der chinesische Botschafter in Nepal, Sun Heping, die Politik seines Landes erläuterte, welche die Existenz "tibetischer Flüchtlinge" gänzlich verneint. Die ins Exil fliehenden Tibeter seien "illegale Immigranten", weshalb es überhaupt kein Flüchtlingsproblem zwischen China und Nepal gäbe. Er wiederholte auch die Absicht seiner Regierung, strengere Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß Tibeter weiterhin aus ihrem Heimatland fliehen⁶¹.

Als am 19. Februar 2003 alle Grenzschutzeinheiten der TAR zu einem Meeting in Lhasa zusammenkamen, wurde lobend der Erfolg ihrer Kampagne hervorgehoben, im vergangenen Jahr zahlreiche Tibeter an der Flucht gehindert zu haben. Es wurde berichtet: "Die Grenze ist sicher und die illegale Grenzüberschreitung wurde gebremst. 2002 nahmen die Grenzschutzkräfte 428 Tibeter und fünf Guides fest, außerdem konfiszierten sie 93 reaktionäre Druckartikel von Separatisten"⁶².

Nepal ist der Flüchtlingskonvention von 1951 und dem Protokoll von 1967 bisher nicht beigetreten. Im großen und ganzen erfüllte Nepal jedoch seine Verpflichtung als Mitglied der Vereinten Nationen, indem es mehreren tausend Tibetern das Wohnrecht gab⁶³. Bei durchschnittlich rund 2.500 Tibetern, die jedes Jahr nach Nepal fliehen, hat sich die königliche Regierung Nepals bisher großzügig erwiesen und tibetischen Asylsuchenden in Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) den Transit durch ihr Land gewährt.

Ein ungeschriebener Verständigungskodex – der gemeinhin als das "Gentlemen's Agreement" bezeichnet wird – gestattet dem UNHCR im wesentlichen seinem Mandat gemäß den tibetischen Asylsuchenden die nötige Hilfe zu leisten, indem es sie zu "der Beachtung wertenden Personen" (persons of concern) erklärt. Da die nepalesischen Behörden dieser mündlichen Übereinkunft zufolge verpflichtet sind, tibetische Asylsuchende, sobald diese nepalesischen Boden betreten haben, dem UNHCR zu überstellen, lohnte es sich bisher für die Tibeter, das Risiko der Flucht über die gefahrenträchtigen Himalaya-Berge einzugehen.

Trotz seines Festhaltens an dem "Gentlemen's Agreement" und seiner Gastfreundschaft tibetischen Flüchtlingen gegenüber hat der geopolitische Faktor in der Beziehung "China-Nepal" das Land nun in eine ungünstige und schwierige Position gebracht⁶⁴. Der von der chinesischen Botschaft in Kathmandu

⁶⁰ "Punkt 9: Fragen der Verletzung der Menschenrechte und der Grundfreiheit: Aussage von Takna Jigme Sangpo", 59. Sitzung der UN Menschenrechtskommission, Genf, 2003.

⁶¹ "Chinese envoy calls for halt to flow of Tibetans into Nepal", AFP, 14 November 2003.

⁶² "2002 Annual Patrol Meeting", ChinaTibetnews.com.

⁶³ "Dangerous Crossing: Conditions impacting the flight of Tibetan refugees, International Campaign for Tibet, S. 8. Ende 1974 registrierte die Königlich-Nepalesische Regierung annähernd 15.000 Tibeter als Einwohner Nepals.

⁶⁴ "Nepal keeps a wary eye on Tibet", Asiaticimes, 16 September 2003. Darin wird Kapil Kafley, Herausgeber einer größeren Nepali Zeitung, zitiert: "Das kleine Nepal wird oft unter großen Druck von mächtigen Ländern gesetzt. Selbst die Führer der

ausgeübte Druck wurde 2003 noch stärker, was zu häufigeren Festnahmen und Abschiebungen von Tibetern führte. In mehreren Fällen wurden die aufgegriffenen Tibeter in Gewahrsam genommen und mit überhöhten Geldstrafen belegt. Diejenigen, welche die Strafe nicht zahlen konnten, wurden mit drei bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft⁶⁵. Diese traurige Entwicklung führte sowohl den Tibetern in Tibet als auch den im Exil Lebenden deutlich den wachsenden Einfluß Chinas vor Augen und rief bei ihnen Gefühl der Hilflosigkeit hervor⁶⁶.

Mitte April 2003 erreichte eine Gruppe von 21 Tibetern Nepal. Sie wurden jedoch in einer Ortschaft nicht weit von der Hauptstadt festgenommen. Achtzehn von ihnen wurden später in das Dilli Bazaar Gefängnis am Rande von Kathmandu verlegt und mit 70 US\$ Geldbuße belegt, und weil sie die Strafe nicht bezahlen konnten, zu drei bis zehn Monaten Gefängnis verurteilt⁶⁷. Ende Mai gab es Gerüchte, die nepalesischen Behörden planten, diese achtzehn Häftlinge abzuschleppen. Das UNHCR wandte sich direkt an die Regierung Nepals, die geflohenen Tibeter nicht den chinesischen Sicherheitskräften zu überstellen. In ihrem Appell schrieb die UN-Flüchtlingsagentur:

“Die festgenommenen Tibeter haben um die Hilfe des UNHCR nachgesucht; wir haben allen Grund zu der Annahme, daß es sich um Personen handelt, für die wir zuständig sind. Trotz mehrfacher Bitten haben wir keinen Zugang zu den achtzehn Verhafteten bekommen, so daß wir ihre Angaben nicht durch individuelle Interviews verifizieren können. Gemäß den vereinbarten Verfahrensregeln, die in der Vergangenheit von Nepal und dem UNHCR regelmäßig angewendet wurden, möchten wir die Weiterreise eines jeden in Nepal neu angekommenen Tibeters, den wir der Beachtung wert finden, in ein drittes Land ermöglichen“⁶⁸.

Trotz der UN-Intervention lieferten die Nepalis am 31. Mai 2003 die 18 Tibeter zwangsweise an die chinesischen Behörden aus⁶⁹. In einem Schritt, der daran erinnert, wie die nordkoreanischen Asylsuchenden im Mai 2002 zum Verlassen des japanischen Konsulats in Nordost-China gezwungen wurden, wo sie Zuflucht gesucht hatten, machten die Vertreter der VR China einmal wieder ihre vollkommene Mißachtung der grundlegenden Menschenrechte der Tibeter deutlich, indem sie die königliche Regierung Nepals über ihre Botschaft in Kathmandu unter Druck setzten.

Ein Zeuge berichtete, die Gruppe der festgehaltenen Tibeter habe sich anfänglich dagegen gewehrt, daß sie in einen Bus (ohne Nummernschild) geladen wurden, der sie zu einer anderen Polizeistation brachte und schließlich über die Freundschaftsbrücke nach Tibet zurückschaffte. Mitarbeiter der chinesischen Botschaft eskortierten das Fahrzeug vom Dilli Bazaar Gefängnis zur Grenze. Der Augenzeugenbericht schildert den Ablauf der Ereignisse so:

“Unterwegs hörten wir, daß die Gefangenen beim sogenannten Police Club von einem Polizeiwagen in ein anderes Fahrzeug umgeladen würden. Als wir dort ankamen, wurden sie gerade in einem neuen, modernen Toyota Kleinbus ohne Nummernschild und Aufschrift weggefahren. Wir hätten gar nicht gewußt, daß es der Bus mit den Häftlingen ist, wenn sich nicht eine Tibeterin – welche die einzige weitere Person an dem Ort war - schreiend vor ihn geworfen hätte, um ihn am Wegfahren zu hindern. Das gab uns Zeit, hinzurennen, einige Aufnahmen zu machen, wieder in unser Auto zu springen und ihm zu folgen. Zwischen dem Gefangenenbus und uns fuhr ein schneidiger chinesischer Geländewagen (SUV) der Botschaft mit einem chinesischen Beamten, einem Fahrer und einem Nepalesen in Zivil darin⁷⁰.

Daß sich Nepal dem völkerrechtswidrigen Druck der Chinesen einfach stillschweigend gebeugt hat, gibt Menschenrechtlern und der demokratischen Welt schwer zu denken. In Anbetracht der steigenden Anzahl tibetischer Asylsuchender, die jetzt Administrativhaft und Abschiebung befürchten müssen, hat Nepal eindeutig die erklärten Grundsätze seines “Gentlemen’s Agreement” mit den Vereinten Nationen verletzt. Die derzeitige Situation, wo chinesische Behörden mit der nepalesischen Polizei Hand in Hand arbeiten, bedeutet eine zusätzliche Abschreckung für jene Tibeter, die dem Kolonialregime in ihrer Heimat entfliehen wollen.

tibetischen Gemeinde haben wenig Verständnis für die schwierige geopolitische Lage Nepals. Zu nennen wären hier ungeschickte Äußerungen von Wangchuk Tsering, dem Vertreter des Dalai Lama in Nepal”.

⁶⁵ “Nepalesische Polizei wirft 18 tibetische Flüchtlinge ins Gefängnis”, Human Rights Update, April 2003. Das TCHRD berichtete von 8 Tibetern im Dilli Bazar Gefängnis, die 10 Jahre zu verbüßen hatten. Siehe auch “Dangerous crossing: Conditions impacting flight of Tibetan refugees 2001”, International Campaign for Tibet, 2002, S. 27.

⁶⁶ “Tibetans lose Nepal as safe haven”, Asiatimes 6 June 2003. Tibetern, denen die Flucht gelungen ist, fragen sich besorgt, was denjenigen bevorsteht, welche die Flucht noch planen.

⁶⁷ “Nepalesische Polizei wirft 18 tibetische Flüchtlinge ins Gefängnis”, Human Rights Update April 2003.

⁶⁸ “Tibetans in Nepal: UNHCR seriously concerned”, United Nations High Commission for Refugees, 30 May 2003.

⁶⁹ “Nepal deportiert tibetische Häftlinge unter chinesischem Druck”, Human Rights Update, TCHRD, May 2003.

⁷⁰ “Bericht über Chinas Deportation der 18 Tibeter aus erster Hand”, Robbie Barnett, Tibetan Bulletin, March-April 2003.

Nepals Regierung leugnet, daß es irgendeinen Wandel in seiner Politik im Hinblick auf Tibeter, welche die Grenze zu Nepal überschreiten, gegeben habe. Bei einer Pressekonferenz im Juni 2003 sagte der Außenminister Narendra Shah:

“Die Standardpraxis ist, daß wir jedes Mal, wenn wir Tibeter aufgreifen, die aus Chinas Autonomer Region Tibet fliehen, eine gründliche Überprüfung ihrer Angaben über Folter und Verfolgung in Tibet durchführen und sie dann entweder zurückführen oder dem UNHCR (UN High Commission for Refugees) überstellen. Auch dieses Mal gab es dieselbe Prozedur”⁷¹.

Trotz dieser Phrasen der Nepalis und der Rechtfertigung ihrer Nationalpolitik wurden die 18 Tibeter, von denen der jüngste gerade 13 Jahre alt war, gewaltsam abgeschoben⁷².

Chinesische Brutalität an der Grenze

Außer den schrecklichen Folgen, die es für Tibeter hat, wenn sie von der nepalesischen Polizei gefaßt und zwangsweise zurückgebracht werden, müssen sie ständig befürchten, auf ihrem gefährlichen Fluchtweg den chinesischen Grenzschutzpatrouillen in die Hände zu fallen. Die Ungewißheit ihres Überlebens und ihrer Sicherheit wird von den erschütternden Berichten über die körperlichen Entbehrungen, denen sie bei ihrem Treck über die unwirtlichen Berge ausgesetzt sind, bestätigt. Dies wird noch verschlimmert durch die ständige Angst, auf der Flucht erwischt zu werden. Bei manchen Vorfällen geraten die Asylsuchenden auch in das Gewehrfeuer chinesischer Grenzpatrouillen.

Gedun Rabgyal, ein Mönch aus dem Distrikt Machen in der Tibetisch Autonomen Präfektur (TAP) Golok, Provinz Qinghai, der im Oktober 2003 in Nepal eintraf, ist knapp dem Tode entronnen, als er in einer Gruppe von 34 Personen floh. Er war unter den wenigen, die unverseht die nepalesische Seite der Grenze erreichten. 17 Mitglieder der Gruppe hatten dieses Glück nicht, sie wurden festgenommen, nachdem eine chinesische Grenzpatrouille auf sie schoß. Er bezeugt:

“Unsere Gruppe bestand aus 34 Personen, sie kamen vorwiegend aus der TAP Golok. Wir brachen in Lhasa mit 32 Leuten und zwei Führern auf. Als wir am 11. September in die Nähe des Mount Everest kamen, beschossen uns chinesische Sicherheitsbeamte mit scharfer Munition. Die Gruppe geriet in Panik und rannte in Deckung. Einige von uns konnten entkommen, aber 17 Leute wurden festgenommen. Einige sind möglicherweise von den wild umherfliegenden Kugeln getroffen worden. Aus sicherer Entfernung konnte ich sehen, wie die Grenzpolizisten die Gefangenen schlugen und abführten. Ich mache mir ihretwegen große Sorgen. Sie können nun für lange Zeit im Gefängnis verschwinden, ohne daß irgend jemand von ihrem Elend erfährt”⁷³.

Eine andere Gruppe, die Nepal im September 2003 erreichte, berichtet von einem ähnlichen, wenn nicht noch tragischerem Ereignis auf der Flucht. Die 19-jährige Chungdak floh in einer siebenköpfigen Gruppe – zumeist Mädchen im Teenageralter. Am Morgen des 17. Septembers wurden sie plötzlich von einem ihrer Guides gewarnt, daß chinesisches Sicherheitspersonal ihnen auf den Fersen sei. Als sie in dem steilen Gletschergelände zu fliehen versuchten, fiel ihre Gefährtin, die 17-jährige Diki Tsomo, in eine Spalte. Chungdak erzählt:

“Diki rief um Hilfe. Wir konnten sie nicht sehen, wir hörten nur das Gletscherwasser am Grunde der Spalte rauschen. Einer der Männer hatte ein Seil bei sich, das wir durch Anbinden unserer Gürtel verlängerten. Aber unglücklicherweise riß das Seil, als wir sie halb hochgezogen hatten. Wir machten einen weiteren Versuch, indem wir die Riemen unserer Rucksäcke zusammenbanden, aber wir konnten Diki nicht mehr herausziehen. Sie sagte, wir sollten sie zurücklassen und weitergehen. Sie dachte wohl, daß wir von der Grenzpolizei gefaßt werden könnten. Wir verließen sie aber nicht und versuchten noch einmal sie heraufzuziehen, indem wir die Ärmel unserer Hemden und Pullover zusammenbanden. Als wir dann ihren Namen riefen, antwortete sie nicht mehr. Wahrscheinlich war sie inzwischen erfroren”⁷⁴.

⁷¹ “Nepal denies change in policy over Tibetan asylum seekers”, Kathmandu Post via Nepalnews.com website in English, 3 June 2003.

⁷² Ibid.

⁷³ “Chinesische Grenzpatrouille schießt auf Flüchtlinge – 17 Verhaftete”, Human Rights Update, Oct. 2003.

⁷⁴ “Eine junge Tibeterin stirbt eines tragischen Todes auf dem Weg ins Exil”, Human Rights Update Sept. 2003.

Das Leiden der Deportierten in den Arbeitslagern

In den Jahresberichten der letzten Jahre schilderte das TCHRD immer wieder das ungewisse Schicksal, welches diejenigen Tibeter erwartet, die entweder von Nepal nach Tibet zurückgebracht oder die von den chinesischen Grenzpatrouillen bei ihrer Flucht ins Exil festgenommen werden. Viele werden ohne ordentlichen Prozeß unter Chinas System der Administrativhaft, das unter dem Namen "Umerziehung-durch-Arbeit" bekannt ist, bis zu drei Jahren inhaftiert.

Viele Flüchtlinge, die nach einem mißglückten Fluchtversuch in chinesischen Haftzentren eingesperrt waren, teilten uns Einzelheiten über die erbärmlichen Umstände in solchen Anstalten mit. Ihre Aussagen enthüllen die fürchterlichen Bedingungen, unter denen die Gefangenen ihr Leben fristen müssen – Bedingungen, die nicht einmal an den von internationalen Menschenrechtsabkommen gesetzten Mindeststandard heranreichen⁷⁵. Das ohnehin schon harte Leben in diesen Arbeitslagern ist für die tibetischen Gefangenen noch viel schlimmer. Ihre chinesischen Aufseher zwingen sie ständig zu schwerer und entwürdigender Arbeit unter inhumanen Bedingungen.

Angesichts solcher Zeugnisse war das TCHRD von Anfang an wegen des Schicksals der im Mai 2003 deportierten 18 Tibeter sehr besorgt, denn sie liefen Gefahr, willkürlich inhaftiert und von der chinesischen Polizei mißhandelt zu werden. Im September schmachteten 7 von den 18 immer noch in dem in Shigatse neu gebauten Gefängnis, das den grotesken Namen "Tibets Neues Empfangszentrum" trägt.

Ein inoffizieller Bericht, der *International Campaign for Tibet*, Washington, zugeht, schildert, wie die 18 gequält wurden. Ehemaligen Gefangenen, die anonym bleiben wollen, zufolge wurden die 18 Deportierten mit elektrischen Schlagstöcken geschlagen und gefoltert. Einem der Häftlinge trieben die Gefängniswachen Nähnadeln unter die Fingernägel, um ihn wieder zu Bewußtsein zu bringen⁷⁶.

Eine weitere Gruppe von 4 Jugendlichen wurde Anfang August 2003 gefaßt und der chinesischen Polizei ausgeliefert. Wie berichtet, kamen sie in das Haftzentrum von Shigatse. Die nepalesischen Patrouillen hatten sie in der Grenzortschaft Tatopani aufgegriffen und unmittelbar der chinesischen Polizei übergeben, ohne daß diese das UNHCR benachrichtigt hätte. Über ihr weiteres Schicksal wurde bisher nichts bekannt⁷⁷.

Mit dem Herannahen des Winters steigt gewöhnlich die Anzahl der Tibeter, welche die Flucht ins Exil wagen. Mit den 2003 verstärkten Einschränkungen auf beiden Seiten der Grenze stehen die Aussichten dafür, daß es in diesem Winter wieder mehr Tibeter nach Nepal schaffen, ziemlich schlecht. Fiehende Tibeter müssen nun vermehrt mit Festnahme und Auslieferung rechnen oder damit, die Zielscheibe behördlichen Verdachts zu werden.

Pressezensur: die neuen Herausforderungen

Die Menschheit erfreut sich im großen und ganzen der Freiheit, Zugang zu objektiven und unvoreingenommenen Informationen über die Geschehnisse auf unserem Planeten zu haben. Doch die chinesische Regierung verweigert den Tibetern dieses Recht nun schon über 40 Jahre lang.

Mit der Globalisierung und den Neuerungen in der Informationstechnologie sollten eigentlich mehr Medien zur Verfügung stehen, um die Verweigerung des freien Zugangs zu Informationen wettzumachen. Der Rundfunk spielt hierbei eine wichtige Rolle. So sind tibetische Radiosender, die aus der freien Welt operieren, zu einer wichtigen Informationsquelle für Tibeter geworden, die unter chinesischer Herrschaft zuverlässiger Nachrichten beraubt sind.

Von Anfang an spielte der Rundfunk eine wichtige Rolle bei der Verbreitung und Interpretation von Nachrichten aus aller Welt. Die Rückmeldungen, welche die Sender von Hörern in Tibet bekamen, zeigen, welchen tiefen Einfluß diese Sendungen auf die Menschen dort haben. Derzeit gibt es drei größere Kanäle für tibetische Sprache, die sich eine beachtliche Hörerschaft in Tibet erworben haben: Voice of America (VOA), Radio Free Asia (RFA) und Voice of Tibet (VOT) in Norwegen.

⁷⁵ "Die Strafe für die Flucht", Politische Freiheiten, Jahresbericht 2001, TCHRD, S. 80., Samdup, ein ehemaliger Insasse des Lagers Trisam zur Umerziehung durch Arbeit wurde 1999 dort inhaftiert. Er schildert die entsetzlichen Gefängnisbedingungen, wie man die Häftlinge hungern und ohne richtige hygienische Einrichtungen ließ.

⁷⁶ "Sieben der 18 im Mai aus Nepal nach China abgeschobenen Flüchtlinge sind immer noch in Haft", ICT, 23. Dez. 2003.

⁷⁷ "Deported Tibetan youths detained in China", Radio Free Asia, 16 Oct 2003.

Störsender

Trotz des Erfolgs dieses vielversprechenden Mediums ist die Ausstrahlung von Radioprogrammen auf dem tibetischen Hochland beträchtlichen Behinderungen ausgesetzt, und paradoxerweise nicht wegen der geographischen Lage Tibets. Sondern die Radiosender werden ständig durch die chinesische Regierung behindert, die den Zugang zu den Informationen durch akustische Störungen und Vorschriften vereiteln will. Wie bereits in unserem Jahresbericht von 2002 erwähnt, stören die Chinesen die Radiowellen, indem sie die Frequenzen mit High-Tech Geräten abfangen, um akustische Störungen hervorzurufen⁷⁸. Während des ganzen Jahres blockierte die VR China 2003 den Empfang dieser Radiosendungen.

Chinas großer Fire Wall

Jenes andere Medium, das jetzt weltweit dominierend geworden ist und die besten Voraussetzungen besitzt, um zu einem sich überall verbreitenden Kommunikationsmittel zu werden, ist das Internet. Die Internet-Revolution ist mit unglaublicher Geschwindigkeit über China hereingebrochen, und Peking empfindet sie als die Haupthürde bei seinen Bemühungen, den freien Informationsfluß einzudämmen. Einige Analysten sind der optimistischen Ansicht, "das Internet könne zu der mächtigsten Maschine für die Demokratisierung und den freien Austausch von Ideen werden, die jemals erfunden wurde... und so Millionen von versklavten Menschen rund um den Globus ein Werkzeug an die Hand geben, um die Vordenker auszutricksen"⁷⁹.

Die chinesische Regierung fährt indessen fort, um die Verfügbarkeit freier und unzensurierter Informationen immer engere Schlingen zu ziehen. Sie hat das Aufrufen gewisser Websites, die sie als bedrohlich für die nationale Sicherheit empfindet, unmöglich gemacht. Der Zugang zu ihnen wird durch einen Filtermechanismus – ironisch der "große Fire Wall" genannt – unmöglich gemacht⁸⁰.

Der "große Fire Wall" wurde konzipiert, um Hunderte von Websites zu blockieren. Basierend auf automatisierter Technik hat Peking im Ministerium für Öffentliche Sicherheit ein Cyber-System eingerichtet, das den schönen Namen "Golden Shield" trägt. Das Unternehmen "Goldenes Schild" beschäftigt bereits eine Cyber-Polizeitruppe von 30.000 Mann, um sogenannte "Internet-Dissidenten" rund um die Uhr unter Aufsicht zu halten⁸¹.

Wie entschlossen Peking ist, die freie Stimme des Internets abzuwürgen, wurde 2002 deutlich, als die *Harvard Law School* mittels einer speziellen Studie bewies, welch scharfes Auge die chinesische Regierung auf die Internet-User wirft. Zwei globale Suchmaschinen – Google und Altavista – machten eine besonders schwierige Phase in ihrem sonst blühenden Geschäft durch. Als Peking die zwei Websites im September 2002 vollständig blockierte, rief dies internationale Schlagzeilen hervor. Nachdem Google Klagen eingereicht hatte über die Art und Weise, wie China absichtlich Websites filtert, war der Zugang zu Google innerhalb einer Woche da – aber in einem gestutzten Format. Es zeigte sich, daß die neue Google-Suchmaschine nicht in der Lage war, kontroverse Begriffe oder die Namen von hohen chinesischen Politikern zu suchen: Wenn Benutzer solche Begriffe eingaben, erhielten sie kein Ergebnis, und manchmal riß sogar noch ihre Internetverbindung ab⁸².

Der UN-Sekretär für Kommunikation und öffentliche Information, Shashi Tharoor, betonte bei der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Generalversammlung am 23. Oktober 2003, wie notwendig es sei, daß die Regierungen dem Internet denselben Spielraum wie den traditionellen Medien gewährten⁸³. Doch die Chinesen haben ihre eigene Logik.

Wang Xudong, der chinesische Minister für Informationstechnik, bekräftigte bei dem Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (WSIS) am 10. Dezember 2003 in Genf, daß die Freiheit der Meinungsäußerung und der menschlichen Würde garantiert werden müsse⁸⁴. Doch das Herausfiltern von Webseiten, die Schlüsselworte wie Demokratie, Tibet, Taiwan, Dalai Lama usw. enthalten, beweist, daß seine verbale

⁷⁸ "Radio Jamming", Annual Report 2002, TCHRD, p. 117.

⁷⁹ Bobson Wong, "A matter of trust: the internet and social change in China", China Rights Forum No. 3, 2003, p. 42. Ein Zitat von Rep. Chris Cox, der den neuen Gesetzentwurf "Global Internet Act" im US Senat einbrachte.

⁸⁰ Bobson Wong, "A matter of trust: the internet and social change in China", China Rights Forum No. 3, 2003, p. 42.

⁸¹ Erping Zhang, "SARS: Unmasking censorship in China", China Rights Forum, No. 3, 2003, p. 47.

⁸² Benjamin Edelman, "Block sites will return but with limited access", South China Morning Post, 26 Jan 2003.

⁸³ "Press freedom for internet", UN Weekly Newsletter, Vol. 58, No. 43, 25-31, Oct 2003.

⁸⁴ Wang Xudong, "Strengthening cooperation, promoting development and moving towards the information society together", The World Summit on the Information Society, 10 Dec 2003.

Verpflichtung, China würde zum Aufbau einer wirksameren Informationsgesellschaft beitragen, nichts als ein Täuschungsmanöver ist. Eine objektive und unparteiische Information über ihr Land bleibt den Tibetern versagt. Eine Studie über die Internet-Intervention in China hat ergeben, daß über 60 % der meistbesuchten Tibet-Seiten von Google blockiert wurden⁸⁵.

Während Peking wie besessen Kontrolle über das Internet ausübt, ist es jetzt dazu übergegangen, seine eigenen Webseiten zu starten, um die Bevölkerung noch mehr mit zensurierter Information zu überfluten. Ein interessanter Faktor für die Web-World der Tibeter ist, daß die chinesische Regierung die offiziellen Websites zu Tibet neu gestaltet hat.

Ende 2002 hat die PRC mehrere lokal-bezogene Websites über Tibet mit diversen Inhalten gestartet. Diese Seiten, welche die verschiedenen Regionen Tibets zum Thema haben, sind meistens in chinesischer Sprache verfaßt, außerdem zeigen sie einen Wandel in der Art und Weise, wie China jetzt die Tibeter der Welt und seinem eigenen Volk darstellt. Die neuen Portale preisen Tibet als das Touristenziel Nonplusultra an und malen das Hochland als nichts geringeres als ein Shangrila mit einem Volk, das ein Leben von noch nie dagewesenem Glück und Wohlstand führt. Die Erläuterungen handeln meistens von Tibets Kultur, der Lebensweise und den verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen. Die Einführung der regionalen Websites hat jedoch keine Änderung in der Standard-Interpretation der tibetischen Geschichte durch die Chinesen gebracht, und gewisse Aspekte der tibetischen Kultur werden einfach unterdrückt. Diese Webseiten werden ihrem Anspruch, ein "für China und die Welt objektives Schaufenster nach Tibet" zu sein, gewiß nicht gerecht. Statt dessen präsentieren sie Tibet als durch die chinesische Brille gesehen⁸⁶.

Schluß

Die Hinrichtung Lobsang Dhondups und das aufgeschobene Todesurteil gegen Tulku Tenzin Delek stellen die schönen Worte Chinas, das Land sei auf dem Weg zu einer Nation, in der die Rechtsstaatlichkeit respektiert wird, in Frage. Die Tatsache, daß sowohl Lobsang Dhondup als auch Tulku Tenzin Delek kein faires und gerechtes Gerichtsverfahren zuteil wurde, ist Anlaß genug, sich um das Geschick eines jeden Tibeters, der wegen ähnlicher Anschuldigungen festgenommen oder festgehalten wird, zu sorgen.

Chinas eigenwillige Interpretation des Abschnitts des internationalen Strafrechts, wo es um die Terror-Bekämpfung geht, gibt ebenfalls zu denken. Das TCHRD brachte bereits in früheren Jahresberichten seine Befürchtungen zum Ausdruck, daß China die weltweite Unterstützung für den Feldzug gegen den Terrorismus ausnützen könnte, um die Stimme des friedlichen, gewaltlosen politischen Widerstands der Tibeter zu ersticken. Der Fall von Tulku Tenzin Delek bedeutet jedenfalls einen Wendepunkt und weist in diese Richtung.

Bestätigt werden diese Befürchtungen durch das, was Guo Jinlong, der Parteisekretär der Autonomen Region Tibet, nach einer eintägigen Anti-Terror-Militärübung in Lhasa im November 2003 von sich gab: "Auf der einen Seite macht der Dalai Lama überall ein großes Getue um Verträge und Gespräche mit uns und hängt sie an die große Glocke, während er auf der anderen die Infiltration und gewalttätige terroristische Aktivitäten schürt". Daß Guo Jinlong gar noch den Dalai Lama terroristischer Aktivitäten bezichtigt, verrät Chinas bewußten Einsatz des Anti-Terror-Feldzugs gegen die Tibeter.

Die Verhaftungen und Festnahmen auf dem Hochland ließen auch 2003 nicht nach. Das TCHRD dokumentierte die Festnahme von 27 Tibetern und nahm außerdem viele unbestätigte Fälle zu den Akten, so daß die Gesamtzahl nahe an 100 liegt. Die Tatsache, daß über 80 % der bekannt gewordenen Verhaftungen außerhalb der TAR erfolgten, ist ein deutlicher Hinweis dafür, daß sich der politische Dissens zunehmend in jene Regionen verlagert. Immer noch werden die Tibeter für friedliche Opposition gegen die chinesische Obrigkeit mit vielen Jahren Gefängnis bestraft, und der Genuß politischer oder bürgerlicher Freiheiten bleibt ihnen nach wie vor versagt!

⁸⁵ "Politisierung der Nutzung des Internets", Jahresbericht 2002, TCHRD, S. 118.

⁸⁶ "China's Tibet Online: Tibet and Tibetans in PRC Government Website", TIN, 7 Sept 2003.